

Die Akte Rosenstein

MACHTMISSBRAUCH Neue Details: Der abberufene Chef des Ausländeramts im Saalekreis soll eine Asylbewerberin zu privaten Treffen gezwungen haben.

VON JAN SCHUMANN,
UNDINE FREYBERG
UND ROBERT BRIEST

MAGDEBURG/MERSEBURG/MZ

„Wann beginnt die Kreisverwaltung die Dinge aufzuarbeiten, die Herr Rosenstein unrechtmäßig oder vielleicht falsch gemacht hat?“ Die Frage der ehemaligen SPD-Landtagsabgeordneten Ute Fischer bleibt im jüngsten Sozialausschuss des Saalekreises unbeantwortet. Es ist kein Vertreter der Kreisverwaltung da, der Auskunft geben könnte. Und selbst wenn - es hätte wohl trotzdem keine Antworten gegeben.

Bilder von NS-Uniform?

Denn der Saalekreis schweigt, seitdem er Mitte September Jan Rosenstein, den bisherigen Leiter des Ausländeramtes, überraschend vor die Tür setzte und mit ihm einen Auflösungsvertrag zum Jahresende vereinbarte. Was sind die Gründe dafür? Die Verwaltung schweigt selbst gegenüber Kreistagsmitgliedern. Das ließ die Gerüchteküche brodeln.

Doch nun werden erstmals Details zu den Hintergründen des Falles bekannt: Mittlerweile ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen den früheren Behördenchef: nicht nur wegen Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole, sondern auch wegen Nötigung. Das bestätigte die Ermittlungsbehörde auf MZ-Anfrage. Laut

Staatsanwaltschaft stehe Rosenstein im Verdacht, in seiner Amtszeit eine Asylsuchende zu privaten Treffen gezwungen haben, „indem er vorgab, andernfalls auf das laufende Asylverfahren nachteilig Einfluss zu nehmen“. In diesem Zusammenhang soll der Behördenchef der Frau „unter anderem Bilder einer nationalsozialistischen Uniform mit Hakenkreuz“ geschickt haben. Wie die Staatsanwaltschaft bestätigt, kam die Strafanzeige gegen Rosenstein vom Landkreis selbst. Die Staatsanwaltschaft nimmt den Fall offenbar ernst: „Beide Tatvorwürfe sind Gegenstand der laufenden Ermittlungen“, sagte Sprecher Dennis Cer-



„Ich verschicke
keine
Hakenkreuze.
An niemanden.“

Jan Rosenstein
Leiter der Ausländerbehörde a. D.
FOTO: SILVIO KISON

nota der MZ. Die Arbeit der Ermittler befinde sich noch am Anfang, weitere Details nannte Cernota nicht. Nur so viel noch: Rosenstein sei der einzige Verwaltungsmitarbeiter, gegen den derzeit Ermittlungen laufen.

Der geschasste Behördenchef, der sich nach seiner Amtsübernahme 2017 den Ruf als Hardliner erarbeitet hatte, sagte gegenüber der MZ, ihm sei bekannt, dass es ein Ermittlungsverfahren gegen ihn gebe. „Aber ich werde mich dazu noch nicht äußern.“ Den Vorwurf, er habe Bilder einer nationalsozialistischen Uniform mit Hakenkreuz an eine Asylsuchende versandt, um diese unter Druck zu setzen, wies er dennoch zurück. „Ich verschicke keine Hakenkreuze. An niemanden.“ Kurz nach seiner Demission im September hatte das CDU-Mitglied, das als sachkundiger Einwohner im Merseburger Ordnungsausschuss sitzt, gesagt, dass alle Vorwürfe gerichtlich überprüft würden. „Und Sie können davon ausgehen, dass da nichts dran ist.“

Unmut im Kreistag

Die Kreisverwaltung setzt auch auf die aktuelle Nachfrage der MZ ihr Schweigen fort. Personalangelegenheit. Keine Auskunft. Die Begründung hatte Landrat Hartmut Handschak (parteilos) schon im September ins Feld geführt: „Der Kreis soll keinen Schaden nehmen.“ So bleiben

wichtige Fragen offen: Wie kam es zu der Anzeige? Gibt es Vorwürfe gegen weitere Mitarbeiter? Warum hat der Kreis angesichts des im Raum stehenden Verdachts einen Auflösungsvertrag mit Rosenstein geschlossen und diesem nicht gekündigt?

Bei einigen Kreistagsmitgliedern wächst der Unmut über das Schweigen der Verwaltung: „Wenigstens, dass der Kreis die Anzeige gestellt hat, hätte uns die Verwaltung mitteilen können. Das wäre doch ein Zeichen gewesen, dass der Kreis an Aufklärung interessiert ist“, hadert etwa Lisa Stöffgen, Kreischefin der Grünen. Ihre gemeinsame Kreistagsfraktion mit der Linken hat bereits einen Fragenkatalog an die Verwaltung geschickt und Akteneinsicht beantragt. Der Kreis lässt auf Nachfrage offen, wann und wie er der Forderung der Volksvertreter nachkommen wird.

Der Extremismusverdachtsfall wühlt auch die Landespolitik auf. „In Ausländerbehörden werden für Betroffene existenzielle Entscheidungen getroffen“, sagt Grünen-Innenpolitiker Sebastian Striegel, Abgeordneter für den Saalekreis. „Rassismus und Machtmissbrauch wiegen dort besonders schwer.“ Striegel fordert nun, wie in ähnlicher Form zuvor bereits die Linke, dass alle Entscheidungen Rosensteins überprüft und gegebenenfalls korrigiert werden müssten.

